



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

20. Jg. Nr. 4
31. August 2014

Editorial

Deutsche und Polen - Menschenwürde

50 Jahre nach dem Ausbruch des 2. Weltkrieges, also vor 25 Jahren, veröffentlichten deutsche und polnische Katholiken am 1. September 1989 einen Aufruf "Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa". Es ist ein bemerkenswertes Dokument der Versöhnung, an das man sich an diesem Jahrestag erinnern sollte.

Die Verfasser erinnerten an die Abgründe von Hass und Unmenschlichkeit, von Angst und Versagen, in die totalitäre Entwürdigung des Menschen führen kann. Sie schlossen mit einem Ausblick, dessen Realisierung in nur einer Generation, jedenfalls zu einem wichtigen Teil, sie sich damals sicher kaum haben vorstellen können: "Die Aufgabe der Zukunft lautet: Europa im Geiste Jesu Christi erneuern. Den Weg in diese Zukunft wollen und müssen wir Christen in Polen und Deutschland gemeinsam gehen - in eine Zukunft der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit in Europa."

Dieses deutsch-polnische Dokument enthält aber auch einen starken Appell, "die Sache des Menschen zu verteidigen, seine Würde und seine Rechte zu wahren", der gerade in diesem Herbst aktuell ist, wenn bei uns die Debatte um ein menschenwürdiges Sterben geführt wird. "Wir Christen sehen diese Würde darin begründet, dass Gott den Menschen als ‚sein Abbild‘ geschaffen hat (vgl. Gen 1,27) und dass Gottes Liebe in Christus die Würde des Menschen endgültig und unverlierbar geöffnet und bestätigt hat." Das ist für uns Christen der innere Grund, warum wir so auf Art. 1 des Grundgesetzes beharren: "Die Würde des Menschen ist unantastbar". Darum setzen wir uns dafür ein, jede Form der organisierten Beihilfe zum Suizid ausnahmslos und strafbewehrt zu verbieten und die Palliativmedizin und -pflege entscheiden auszubauen.

Stefan Vesper

Inhalt

- Der Zukunft zugewandt –
der Tradition verpflichtet** _____ 2
Erwartungen an den 100. Deutschen
Katholikentag in Leipzig
[Stefan Vesper](#)
- Das 200 Milliarden Euro-Märchen** ____ 4
Staatliche Familienförderung
in der Diskussion
[Claudia Hagen](#)
- Glaube ist stets persönlich,
aber nie nur privat** _____ 6
Fundament und Leitschnur
im politischen Alltag
[Maria Flachsbarth](#)
- Der Kirche ein Gesicht geben –
Ergänzende Formen von
Gemeindeleitung** _____ 8
Ein Pilotprojekt der Diözese Würzburg
[Monika Albert](#)
- Im Dienst an der Gesellschaft** _____ 10
Neuorientierung katholischer
Laienorganisationen in den Niederlanden
[Pieter Kohnen](#)
- Klima schützen -
CO2 ausgleichen** _____ 12
[Norbert Dreßen](#)

2 Katholikentag Leipzig

Der Zukunft zugewandt – der Tradition verpflichtet

Erwartungen an den 100. Deutschen Katholikentag
in Leipzig

Vom 25. bis 29. Mai 2016 wird in Leipzig der 100. Deutsche Katholikentag stattfinden. Was soll ihn prägen?

Der Vorbereitungsweg auf den 100. Katholikentag 2016 in Leipzig hat begonnen. Sehr bald wird die Entscheidung über das Leitwort fallen. Dann steht auch der inhaltliche Schwerpunkt der Leipziger Tage fest. Ein ist uns klar: der "Hundertste" muss und wird besonders sein.

Nicht Heerschau, aber mit Geschichtsbewusstsein.

Natürlich stehen wir, die wir heute Katholikentage machen, auf den Schultern vieler, die Großes und Großartiges geleistet haben. Die Katholikentage haben über die nun bald 170 Jahre ihrer Geschichte eine erhebliche Bedeutung für die Kirche in unserem Land gehabt. Sie haben die katholische Kirche gestützt, als es die Katholiken schwer hatten in einem Staat, dessen Obrigkeit ihnen fremd und feindlich gegenüber stand. Sie haben mit dazu beigetragen, dass die Katholiken in Deutschland eine innere Zustimmung zur Demokratie fanden. Sie wurden abgesagt, als man ein Bekenntnis zur nationalsozialistischen Ideologie verlangte, sie waren Orte des Aufbruchs in der jungen Bundesrepublik, hier bildete, stärkte, formierte sich der politische Katholizismus, hier wurden weltkirchliche Hilfswerke und andere Organisationen initiiert, die bis heute segensreich arbeiten, hier wurden die Ideen des Konzils diskutiert und die Gemeinsame Synode der deutschen Diözesen grundgelegt, hier traf man sich 1990 zum ersten Mal auf dem Weg zur Wiedervereinigung, hier diskutiert man heute über gesellschaftspolitische und kirchliche Fragen und sucht nach Formen der aktiven Mitgestaltung und Mitprägung unserer Zeit.

All das haben wir im "Gepäck", wenn wir 2016 nach Leipzig gehen, und all das wollen wir nicht vergessen. Aber die Zeit der "Heerschauen", als Tausende Katholiken ihr Credo in Festumzügen demonstrierten, ist längst vorbei. Jetzt soll ein Katholikentag zeigen, wo unsere Kirche heute steht und was wir gesellschaftlich bewirken wollen. Ja, ein Katholikentag

ist ein selbstbewusstes Zeugnis des Dienstes, den wir Laien in Verbände, Organisationen, diözesanen Räte oder wo auch immer in Kirche und Welt leisten. Aber wir müssen dies in einer Stadt wie Leipzig mit Zurückhaltung und Bescheidenheit tun. Wir kommen nicht um zu belehren. Wir kommen um über unsere Suche und unsere Vorschläge zu diskutieren. Wir kommen auch, um das vielfältige soziale und gesellschaftliche, das ehrenamtliche und gemeinwohlbezogene Engagement in den neuen Bundesländern, vor allem auch in Leipzig, zu unterstützen und zu stärken.

Kein binnenkirchliches Ereignis, aber auch nicht ohne Debatte über Kirchliches

In Leipzig sind 4 Prozent der Bevölkerung katholisch, ungefähr 12 Prozent evangelisch. In den Schulen sind von 100 Kindern etwa 3 katholisch und etwa 6 evangelisch. Nur 9 Kinder von 100 haben einen Bezug zum christlichen Glauben! In dieser Situation wollen wir "Zeugnis geben von der Hoffnung, die uns bewegt", wie man in Anlehnung an das Leitwort eines früheren Katholikentags sagen könnte. Darum ist eine Bitte richtig und verständlich, die schon früh aus Leipzig an uns herangetragen wurde: Legt den Schwerpunkt nicht auf innerkirchliche Fragen, das interessiert hier kaum jemanden, ja das versteht hier fast keiner. Diese Bitte ist klar, sie ist zu achten. Und trotzdem ist es wichtig, alles zu debattieren, was unsere Glaubwürdigkeit als Kirche beeinträchtigt, alles, was unsere Kirche daran hindert, all die Kräfte freizusetzen, die in ihr zur Geltung kommen müssten.

Das wichtigste ist in jedem Fall, die Christen als fröhlich und engagiert, als offen und gesprächsbereit, als hilfreich und kreativ zu zeigen. Aus dem Glauben an das Evangelium entspringt eine Haltung, die uns zum Einsatz verpflichtet. "Lebe so, dass man Dich fragt" ist ein Spruch, der viele von uns begleitet: in der Tat gibt es unter den Christen - gleich welcher Konfession - viele interessante und spannende "Typen". Katholikentage zeigen sie, geben ihnen Raum zum Berichten, zum Vorstellen ihrer Ideen und Pläne.

Kein Leipziger Lokalereignis, aber mit starkem Bezug zur Stadt

In Leipzig werden sich zum 100. Mal Christinnen und Christen aus allen Teilen Deutschlands treffen. Auch aus Hildes-

Katholikentag Leipzig

heim und Hamburg, aus Eichstätt und Essen, aus Mainz und München. Sie wollen berichten, was sie tun – und sie wollen erfahren, wie man in Leipzig, in Sachsen, ja im "Osten" überhaupt, als Christ lebt. Darum muss und wird beides möglich sein: die Darstellung dessen, was bundesweit bewegt und gefragt wird und das Eintauchen in hiesige Erfahrungen und Lebenswelten. Gerade das ist es, was Katholikentage spannend macht.

Das Leben als Christ in Leipzig ist spannend und kreativ, es ist aber auch schwer und nicht immer nur ein Zuckerschlecken. Gleiches gilt, wenn auch in anderer Form, mit anderen Themen für das Leben der Christen in Köln oder Freiburg. Darum ist das Wort des früheren ZdK-Präsidenten Hans Maier immer noch richtig: "Auf Katholikentagen lernen die Katholiken sich kennen." Das ist wie ein Versprechen auch für unser Treffen in Leipzig.

Keine geschlossene Gesellschaft, sondern eine Begegnung mit allen Menschen guten Willens

Der 100. Katholikentag wird in mehrfacher Hinsicht Neues wagen. Er wird es wagen müssen. Er will es aber auch wagen! Wir haben viele neue Ideen gesponnen, wir wollen so viel wie möglich umsetzen. Der Katholikentag wird offen sein für alle, die ihm mit Interesse begegnen, er wird versuchen Menschen, die keine gläubigen Christen sind, einzubeziehen. Er wird in einer Sprache sprechen müssen, die möglichst viele verstehen. Natürlich: Die Katholiken aus ganz Deutschland sollen in Leipzig spüren, dass sie willkommen sind, sie müssen sich "wiederfinden", und natürlich auch viele Evangelische, die regelmäßig zu Katholikentagen kommen oder hier einmal bei uns "reinschnuppern" wollen. Aber stärker als bei früher und anders als an anderen Orten wollen wir uns denen zuwenden, die noch nie etwas von Gott gehört haben. Für die alles fremd ist, was uns bewegt.

Wir werden in Leipzig einiges ausprobieren:

- Deutlich mehr evangelische Christinnen und Christen werden an der Vorbereitung beteiligt sein.
- Deutlich mehr Nichtchristen werden eingeladen zur Mitgestaltung, und Mitwirkung.
- Deutlich mehr Angebote werden für die Menschen in der Stadt frei zugänglich sein. Der Katholikentag soll einladend sein, soll die Chance geben, hereinzuschnuppern und Fragen zu stellen.

Kein politischer Kongress, aber eine Zeitansage zu politischen Fragen

Katholikentage waren und sind "Zeitansage", sie wollen eine "Botschaft" formulieren, die auch über den kirchlichen Radius hinaus hörbar und verstehbar ist, die Aufmerksamkeit erregt. Unser Glaube an Gott, unser Leben aus der Botschaft des Evangeliums ist nicht "harmlos" und weltfremd. Ich erinnere an drei große Zeugen des Glaubens. Kardinal Joseph Cardijn formulierte den unschlagbaren Dreiklang "Sehen, Urteilen, Handeln", das heißt nichts anderes als: Setzt Euch ein, Ihr Christen! Erzbischof Oscar Romero aus El Salvador wurde am Altar erschossen, weil er für die Gerechtigkeit und gegen die Ausbeuter predigte, das heißt nichts anderes als: Habt Mut, für das Gute einzutreten ohne jede Angst! Und Frère Roger aus Taizé in Frankreich sprach immer vom Begriffspaar "Kampf und Kontemplation", das heißt nichts anderes als: Lebt aus dem Gebet – und lasst aus dem Gebet konkrete Taten erwachsen!

Ein großes Fest!

Wo auch immer ich bin, wen auch immer ich frage: Alle freuen sich auf Leipzig. Die Einladung, die Bischof Dr. Heiner Koch am Ende des Katholikentags in Regensburg aussprach – zusammen mit vielen anderen und dann noch mit 100 Kindern aus Leipziger Schulen – hat viele, die dabei waren, zu Tränen gerührt. Seit 1994 in Dresden ist der Katholikentag - ich sage endlich! - einmal wieder im Osten. Leipzig ist eine quirlige, eine interessante Stadt. Kirchliches Leben hier in der Minderheit ist so, dass man auch im Westen und Süden von ihm lernen kann.

So wird der Leipziger Katholikentag ein großes Fest werden, mit vielen neuen Akzenten, das doch den alten Kern zu bewahren versucht. Der alte Kern, das ist der Wille der Laien in der Kirche, der einfachen Gläubigen, mit ihrer Kompetenz Kirche und Welt mit zu tragen und mit zu prägen. "Kirche lebt – mit uns!" hieß ein Buch, das wir im ZdK herausgegeben haben. Diesen Gedanken wollen wir in Leipzig fortschreiben: neu, stark und fröhlich.

| Dr. Stefan Vesper
Generalsekretär des ZdK |

Das 200 Milliarden Euro-Märchen

Staatliche Familienförderung in der Diskussion

Über kaum ein Thema wird in Deutschland so heftig debattiert wie über Familienpolitik. Deutschland gibt mehr Geld für Familienförderung aus als die meisten anderen Länder Europas. Doch das Geld wird verschwendet, lautet der Vorwurf. Stimmt das? Der Familienbund der Katholiken (FDK) kommt zu einer ganz anderen Bewertung.

"200 Milliarden, weniger Geburten – was bringt Familienförderung?" (WAZ, 21.6.2013) "Der 200 Milliarden Irrtum" (Der Spiegel, 4.2.13). Mit diesen Schlagzeilen kommentierten Medien die Veröffentlichung der "Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen des Staates im Jahr 2010" im vergangenen Jahr. In dieser Übersicht, herausgegeben vom Bundesfamilienministerium, wurden 156 Leistungen und Maßnahmen des Staates aufgelistet, die im weitesten Sinne an Ehe und Familie gerichtet sind. Der Tenor der Kommentierung lautete durchweg: Deutschland gibt Jahr für Jahr fast 200 Milliarden Euro und damit fast ein Zehntel seiner Wirtschaftsleistung für Familienförderung aus. Trotz dieser enormen Summe bleibe die deutsche Familienpolitik angesichts der niedrigen Geburtenrate weitgehend wirkungslos. Die Diskussion ist nicht neu. Bereits im Jahr 2009 sagte der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück: "Und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass insgesamt (...) 185 Milliarden Euro in der Bundesrepublik Deutschland im weitesten Sinne für Familienförderung ausgegeben werden (...) dann lautet die Zusammenfassung, dass es in Deutschland nicht zu wenig Geld für Familienpolitik (...) gibt, sondern dass das Geld falsch eingesetzt wird."

Nachgerechnet

In der Debatte wird der Eindruck vermittelt, Familien erhielten so viel Geld, dass bei ihnen Sparpotential verborgen sei. Es wird weiter suggeriert, der Erfolg der Familienpolitik hänge vom Verlauf der Geburtenrate und von der Beteiligung beider Elternteile am Arbeitsmarkt ab. Der Familienbund der Katholiken hat deshalb die Zahlen der Bundesregierung hinterfragt und analysiert. Unser Fazit: nur ein

Bruchteil der genannten 200 Milliarden Euro - genauer gesagt 39,1 Milliarden - ist wirklich Familienförderung im engeren Sinne. In der langen Liste der angeblichen Familienmaßnahmen steht vieles, was dort nicht hineingehört. Maßnahmen, die andere - meist verfassungsrechtliche - Aufgaben verfolgen, werden undifferenziert mit Familienförderung über einen Kamm geschoren.

Ehegattensplitting und Witwenrente

So schlagen beispielsweise in der Liste der Familienförderung das Ehegattensplitting mit 19,8 Milliarden Euro und die Witwen- und Witwerrenten mit 38,1 Milliarden Euro zu Buche. Beide knüpfen jedoch nur an die Ehe an und sind deshalb keine Familienförderung. Im Übrigen zeigt die Zahl zur Wirkung des Ehegattensplittings, dass die genannten Beträge nicht immer reell sind: Durch eine (theoretische) Abschaffung des Ehegattensplittings ließen sich nach seriösen Schätzungen, u.a. des Bundesfinanzministeriums, nur zwischen 2 und 5 Milliarden Euro einsparen.

Renten- und Krankenversicherung

Besonders erwähnt werden müssen die angeblichen Leistungen für die Kindererziehung in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Sie werden in der Liste des Familienministeriums auf 11,6 Milliarden Euro beziffert. Doch tatsächlich werden nur 6,3 Milliarden Euro für Kindererziehungsjahre ausgezahlt, wie dem Rentenversicherungsbericht 2012 zu entnehmen ist. Und auch dieser Betrag stellt keine "Förderung" der Familien dar, sondern nur einen kleinen Ausgleich für die Leistungen der Familien für den Bestandserhalt der Umlagesysteme. Gleiches gilt für die Gesetzliche Krankenversicherung: Familien sorgen mit der Kindererziehung für die Zukunft des Systems. Eine beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen, die mit rund 30,5 Milliarden Euro aufgelistet ist, gibt es nicht: Erwerbstätige zahlen auch auf den Anteil ihres Einkommen Beiträge, den sie für den Unterhalt des Ehepartners und der Kinder brauchen. Aus diesem Grunde fordert der Familienbund auch, die Kinderfreibeträge aus dem Einkommenssteuerrecht auch bei der Beitragsbemessung in den Sozialversicherungen anzuwenden.

Frauen Leitung

Kindergeld

Auch beim Kindergeld hat der FDK genauer hingeschaut. Es wird in der Liste des Bundesfamilienministeriums mit 40,08 Milliarden Euro ausgewiesen. Doch bei einem großen Teil dieser Leistung handelt es sich nicht um Transferzahlungen mit Fördercharakter an die Familien, sondern um die Rückzahlung von zu viel gezahlter Lohnsteuer. Denn Arbeitnehmer in ein und derselben Steuerklasse zahlen zunächst bei gleich hohem Einkommen gleich hohe Steuern, unabhängig davon ob sie Kinder haben oder nicht. Kinderfreibeträge werden bei der monatlichen Lohnabrechnung nicht steuermindernd berücksichtigt, obwohl sie eigentlich die Lohnsteuerbelastung sofort senken müssten, wie andere auf der Lohnsteuerkarte eingetragene Freibeträge. Statt der Lohnsteuerminderung zahlen die Familienkassen Kindergeld an die Familien, das nach Jahresende mit der fiktiven Wirkung der Kinderfreibeträge verglichen wird. Nur der Teil des Kindergeldes, der über die Wirkung des Kinderfreibetrages hinaus geht, stellt tatsächlich eine Familienförderung dar. Insgesamt sind dies 19,34 Milliarden. Euro, also weniger als die Hälfte des Gesamtvolumens des Kindergeldes – wie auch das Bundesfamilienministerium einräumt.

Schülerbeförderung

Abstrus ist die Aufnahme der Kosten für die Schülerbeförderung (1 Milliarde Euro). Der Staat hat die Schulpflicht eingeführt und die ist unstrittig. Aus dem Anspruch auf einen kostenlosen Schulbesuch folgt für Schulpflichtige analog ein Anspruch auf kostenlose Beförderung zur Schule. Viele Kinder können keine nahe liegende Schule besuchen, sondern müssen zu einer nur per Bus erreichbaren Schule fahren; dies hängt vor allem von den Entscheidungen der Schulträger über die Schulstandorte ab und stellt keine Familienförderung dar.

Neue Bilanz

Nimmt man auf diese Weise alle 156 Leistungen der 200 Milliarden Euro- Liste unter die Lupe, dann bleiben noch rund 40 Milliarden Euro übrig, die der Staat tatsächlich für die Förderung von Familien aufwendet. Damit entpuppt sich die angeblich so üppige deutsche Familienförderung als "200-Milliarden-Euro-Märchen". Und es wurde nicht berücksichtigt, dass Familien auch Steuern zahlen und damit

einen Großteil ihrer Förderung selbst finanzieren. Unterm Strich kosten Familien den Staat kein Geld. Sie erbringen Leistungen, ohne die unsere Gesellschaft gar nicht existieren könnte. Dem Bundesfamilienministerium muss man zugutehalten, dass es die Zahl der Familienförderung im engeren Sinne mittlerweile selbst auf 55 Mrd. eingegrenzt hat. Die (Neu)-Bewertung des Familienbundes und anderer Familienverbände war dabei sicher hilfreich.

Einseitige ökonomische Ausrichtung

Nicht nur eine überhöhte Summe der Familienförderung schadet der politischen Debatte, auch der Ansatz des Bundesfamilienministeriums zur Bewertung der Familienleistungen geht in die falsche Richtung. Im jüngst veröffentlichten Abschlussbericht der sogenannten "Gesamtevaluation der familienpolitischen Maßnahmen" – einer seit 2009 in elf Modulen durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchung zahlreicher Instrumente und Maßnahmen mit dem Ziel, politische Handlungsempfehlungen abzuleiten - wurden insbesondere ökonomische Effizienz und Wirksamkeit der Familienpolitik überprüft. Eine recht einseitige und verengte Sicht auf die Familienleistungen, die vor allem auf deren Effekte auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgerichtet ist, dominiert. Leistungen wie das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung, die Familien neben wirtschaftlicher Stabilität auch mehr Zeit ermöglichen, wurden wegen ihrer negativen Erwerbsanreize für Mütter ablehnend bewertet. Die Forderungen nach Kürzung oder Abschaffung von familienpolitischen Leistungen erhalten zusätzlich Nachdruck, wenn dabei mit überzogenen Summen argumentiert und großes Sparpotential suggeriert wird. Deshalb ist es dem Familienbund der Katholiken wichtig, mit Zahlen zur Familienförderung seriös umzugehen. Familienpolitik hat in erster Linie die Aufgabe, bestmögliche Rahmenbedingungen für das Familienleben in Deutschland zu schaffen. Die Wahlfreiheit der Lebensentwürfe muss dabei der Maßstab sein. Es muss das Bewusstsein entstehen, dass Familienpolitik einen Eigenwert für unsere Gesellschaft hat, denn ohne Familien hat Deutschland keine Zukunft.

| Claudia Hagen

Leiterin Kommunikation beim
Familienbund der Katholiken (FDK)

Glaube ist stets persönlich, aber nie nur privat

Fundament und Leitschnur im politischen Alltag

Im September findet in Magdeburg die vierte Jahresveranstaltung des Dialogprozesses der katholischen Kirche statt. Sie wird unter dem Thema "Den Glauben bezeugen in der Welt von heute" stehen. Der Blick richtet sich auch auf das Bekenntnis im gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Was bedeutet das für eine aktive Politikerin?

Telefoniert eine katholische Abgeordnete vor der Abstimmung im Bundestag mit ihrem Bischof, um zu fragen, wie sie votieren soll? Natürlich nicht! Und wenn ich zu Fragen wie Organspende oder Rüstungsexporten im Katechismus oder in der Bibel nachschlagen würde, fände ich dort kaum konkrete hilfreiche Antworten. Was ich aber dort finde, sind Sätze wie dieser: "Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die euch erfüllt." (1 Petr 3,15) Mein christlicher Glaube stärkt ganz grundlegend meine Hoffnung. Für mich als Politikerin ist mein Glauben nicht konkrete Handlungsanweisung – mein Glaube ist für mich das Fundament, auf dem ich stehe, und die Leitschnur, an der ich auch mein politisches Handeln ausrichte. Er gibt mir auch die Gewissheit: Ich bin nicht für alles verantwortlich und darf auch Fehler machen – Gott erwartet von mir nur das Menschenmögliche.

Konkrete Entscheidungen sind Auftrag des Politikers

Das Christentum mit seiner Kernbotschaft der Gottes- und der Nächstenliebe, davon bin ich überzeugt, hält auch zum politischen Handeln an. Ganz konkret die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, daran mitzuwirken, unsere Gegenwart gerechter und friedlicher zu machen, ist nach meiner Auffassung christlicher Auftrag an Politikerinnen und Politiker. Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat es auf den Punkt gebracht: "Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann." Politisches Handeln kann sich nicht ausschließlich am Hier und Jetzt orientieren, sondern muss fragen, was dem Gemeinwohl

auch auf lange Sicht zuträglich ist. Es braucht glaubwürdige moralische Ziele wie Gerechtigkeit oder Bewahrung der Schöpfung. Zugleich ist es in der Politik aber nicht mit diesen grundlegenden Überlegungen getan. Es geht um konkrete Schritte zur Erreichung der Ziele und darum, immer wieder konkrete Entscheidungen zu treffen.

Beispiel: Organisiere Sterbehilfe

Insbesondere wenn es um Fragen geht, die den Anfang und das Ende des menschlichen Lebens betreffen, ist mir mein Glaube Richtschnur: Die Möglichkeit beispielsweise, seinem Leben durch assistierten Suizid ein Ende zu setzen, ist in einigen europäischen Ländern bereits verbreitet, getragen von entsprechenden Vereinen. In Deutschland steht die Tötung auf Verlangen unter Strafe, die Beihilfe zum Suizid ist nicht ausdrücklich geregelt. Eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung wollte 2012/13 diejenige Suizidbeihilfe, die kommerziell betrieben wird, ebenfalls unter Strafe stellen. Dies wäre zwar ein guter Schritt in die richtige Richtung gewesen, hätte aber den nicht-kommerziellen Formen organisierter Suizidbeihilfe möglicherweise Vorschub geleistet. Ich habe mich bereits damals mit einigen Kollegen um ein weitergehendes Verbot bemüht, das jedwede Form der organisierten Suizidbeihilfe unter Strafe stellen sollte. Wenn nun die Regierungsfraktionen bis Herbst 2015 erneut eine gesetzliche Regelung anstreben, bleibe ich bei meiner Haltung. Organisierte Hilfe zum Suizid ist keine normale Dienstleistung und darf nicht als solche angesehen werden. Eine menschenwürdige Gesellschaft muss Menschen in Verzweiflung, Menschen, die Angst haben vor Einsamkeit, Schmerzen oder Übertherapien, mit anderen Angeboten begegnen wie beispielsweise dem Ausbau der ambulanten Hospiz- und Palliativbegleitung. Jede Form der Sterbebegleitung muss eine grundsätzlich lebensbejahende Begleitung sein.

Mehrheitsentscheidungen akzeptieren

Ähnlich schwierig sind die politischen Debatten um Fragen des Lebensschutzes zu Beginn des menschlichen Lebens. Mit der Präimplantationsdiagnostik, die darauf abzielt, Embryonen mit genetischen Abweichungen auszusondern, wird eine Grenze überschritten, die meiner Überzeugung nach nicht überschritten werden darf. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der jeder Mensch willkommen ist

Politik Glaube

– unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Schönheit, von seinem Geschlecht oder seiner Intelligenz. Aus diesem Grund habe ich 2012 für ein vollständiges Verbot der PID gestimmt – die Mehrheit im Bundestag hat anders entschieden. Mit so einer politischen Niederlage muss ich als Demokratin umgehen. Eine Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren, ist nicht immer leicht – aber notwendig.

Eintreten für Glaubensfreiheit weltweit

Ein zentrales Anliegen ist mir gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion die Glaubensfreiheit – weltweit ebenso wie hier in Deutschland. Ich erlebe als Christin in Deutschland persönlich keine Angriffe – wenn auch extremer Laizismus sich mitunter recht lautstark zu Wort meldet, der insbesondere die in Deutschland bewährte und grundgesetzlich vorgesehene Kooperation des Staates mit den Kirchen ablehnt. Weltweit aber leben zahlreiche Christen in Bedrängnis, ja sie sind die größte verfolgte religiöse Gruppe. In der CDU/CSU-Fraktion gehöre ich darum dem "Stefanuskreis" an. Wir bilden ein konfessionsübergreifendes Forum für Information und Austausch mit dem Auswärtigen Amt, mit Betroffenen, aber auch mit Nicht-Regierungsorganisationen, wir kontaktieren als Abgeordnete Botschafter und Regierungen und sorgen immer wieder für öffentliche Wahrnehmung. Beispielsweise im Fall des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel in der Süd-Türkei, einem der ältesten christlichen Klöster überhaupt. Dieses Kloster kämpft seit Jahren um seine wirtschaftliche Existenzgrundlage; der türkische Staat bzw. benachbarte Ortschaften beanspruchen immer wieder Ländereien des Klosters vor Gericht. Im März 2014 trug eine europaweite Unterschriftenkampagne dazu bei, dass der Staat einen Teil der Ländereien als Besitz des Klosters amtlich anerkannte. Allerdings bleibt weiterer Grundbesitz umstritten.

Freie Ausübung des Glaubens in Deutschland

So wie wir die Glaubensfreiheit – entsprechend der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen – nicht nur für Christen international als universales Menschenrecht einfordern, so sind wir zugleich durch unser Grundgesetz verpflichtet, Gläubigen anderer Religionen in unserem Land die freie Ausübung ihrer Glaubensüberzeugung zu ermöglichen. Mit knapp 50 Millionen Men-

schen bilden die Christen eine Mehrheit in Deutschland, zugleich leben hier etwa 200.000 Menschen jüdischen und rund 4 Millionen Mitbürger islamischen Glaubens, hinzukommen kleinere religiöse Minderheiten. Für sie alle gilt die Glaubensfreiheit gleichermaßen – selbstverständlich auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Gesetze des Bundes und der Länder.

Ich freue mich, dass wir heute – als unverdientes Geschenk – in Deutschland wieder vielfältiges jüdisches Leben vorfinden, und ich fühle mich als Christin und als Demokratin verpflichtet, auch aus historischer Verantwortung und der bleibenden Erinnerung an die Shoa, besonders gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden zu pflegen. Schwieriger wird es für manch einen im Hinblick auf den Islam, dessen Gläubige eine deutlich größere Gruppe bilden. Aber das Argument, dass in vielen islamisch geprägten Staaten Christen bedrängt oder gar verfolgt werden, darf gerade nicht dazu verleiten, die Glaubensfreiheit von Muslimen einzuschränken. Selbstverständlich genießen auch die in Deutschland lebenden Muslime den Schutz des Grundgesetzes. Die Erteilung jüdischen und islamischen Religionsunterrichts muss deshalb ebenso selbstverständlich werden wie christlicher Religionsunterricht.

Glaube ist nie nur privat

Ich der Überzeugung: Glauben ist zwar stets persönlich, aber nie nur privat. Und: Demokratie braucht Demokraten, sie lebt von der aktiven Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger. Ich wünsche mir, dass in Deutschland auch in Zukunft zahlreiche Menschen in ihrem Glauben ein Fundament für ihr tägliches Leben und für ihr gesellschaftliches Engagement finden.

Dr. Maria Flachsbarth MdB

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesvorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), Mitglied des ZdK

Der Kirche ein Gesicht geben – Ergänzende Formen von Gemeindeleitung

Ein Pilotprojekt der Diözese Würzburg

Größere Seelsorgeräume stellen unwillkürlich die Frage, wie Kirche vor Ort lebendig, erfahrbar und erlebbar bleiben kann. Gerade in ländlich geprägten Kontexten ist Kirche häufig die letzte und einzige Institution, die den Dörfern geblieben ist, nachdem Läden, Schulen, Kindergärten geschlossen wurden. Die Verlusterfahrungen der Menschen sind hier besonders ausgeprägt. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit für Vernetzung und Kooperation befürchten viele, die verbliebene Eigenständigkeit und Identität zu verlieren.

Das wurde auch im Dialogprozess in der Diözese Würzburg deutlich. Neben der Glaubensweitergabe an die nächste Generation wurde die Frage, wohin sich Gemeinden entwickeln werden, als die vorrangige Herausforderung für die Zukunft gesehen.

Gemeinde im Umbruch

Die gemeindepastorale Umbruchsituation ist nicht nur auf den Priestermangel zurückzuführen, sondern auch gesellschaftlich relevante Faktoren wie Pluralität der Lebensstile, soziale Mobilität und Individualisierung. Das Bild der "Pfarrfamilie", mit dem viele groß geworden sind und in dem ganz unterschiedliche Berufungsgeschichten gründen, gibt es so heute kaum mehr. Engagierte in den Gemeinden spüren dies sehr deutlich am veränderten Bindungs- und Beteiligungsverhalten der Menschen. Mit großen Kraftanstrengungen wird versucht, die in den 80er und 90er Jahren entstandene Angebotspalette aufrecht zu erhalten. Überlastung und Frustration sind nicht selten vorprogrammiert. Gemeinden fühlen sich einem pastoralen Burnout nahe und verlieren damit ihre Ausstrahlungskraft.

Gleichzeitig scheint das Bedürfnis nach Gemeinschaft nach wie vor vorhanden zu sein, vielleicht gerade angesichts einer komplexen und mobilen Zeit. Gemeinschaft mit vertrauten und gleichgesinnten Menschen inspiriert und gibt vielfach spiritu-

elle Heimat.

Exemplarisch dazu die Aussage einer Frau im Rahmen des Dialogprozesses: "Ich sehe einen großen Vorteil der Pfarreiengemeinschaften darin, dass wir Gläubigen Abstand von der bisherigen Versorgungshaltung nehmen müssen. Wir sind herausgefordert, uns um unser Glaubensleben selbst zu kümmern. Allerdings sind die Pfarreiengemeinschaften zu groß um Gemeinschaft verbindlich zu leben. Vielleicht wären kleinere "Untereinheiten", die ja nicht von Priestern geleitet werden müssten, hier eine Überlegung?"

Nähe und Weite

Sie bringt es auf den Punkt: Wir brauchen sowohl Nähe als auch Weite. Die Nähe zu den Menschen ist die Stärke der Gemeinde am Ort. Gleichzeitig braucht es Weite, weil die pastorale Angebotsversorgung, die über Jahre hinweg ausgebaut wurde, nicht mehr zu leisten ist. Vielleicht auch zum Glück, denn das gibt Raum für Tiefe, sich "um unser Glaubensleben selbst zu kümmern". Papst Franziskus spricht von der "missionarischen Gemeinschaft der Jünger, die Initiative ergreift" (Evangelii gaudium 24). Überall dort, wo Menschen christliche Gemeinschaft leben und erfahren wollen, braucht es Nähe und Menschen, die Initiative ergreifen. Erst durch sie wird Kirche vor Ort erfahrbar, neben dem sichtbaren Kirchturm und dem hörbaren Geläut der Glocken. "Untereinheiten", überschaubare Netzwerke im Lebens- und Beziehungsraum der Menschen sind unverzichtbar, egal ob wir von Pfarreiengemeinschaften, Pfarrverbänden, Großraumpfarreien oder anderen komplizierten Gebilden sprechen, die diese Komplexität schon mit ihrer Namensgebung ausdrücken.

Das Pilotprojekt

Im Rahmen des Dialogprozesses wurde in der Diözese Würzburg ein Pilotprojekt "Der Kirche ein Gesicht geben – ergänzende Formen von Gemeindeleitung" ermöglicht. Ziel ist es, Chancen und Grenzen ergänzender Formen von Gemeindeleitung zu erproben. Das Projekt ist zeitlich befristet bis 2017. Fünf Pfarreiengemeinschaften beteiligen sich derzeit, alle im ländlichen Raum. Gemeindeberater/-innen begleiten die Pfarreiengemeinschaften vor Ort. Weitere Unterstützungssysteme wie Pastoral supervision, das Referat Geistliches Leben und weitere Fachreferate der Diözese werden nach Bedarf einbezogen.

Kirche Gemeinde

Schnell wurde deutlich, dass vorgefertigte Modelle und Konzepte zum einen nicht der Schlüssel sind, um den unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Pfarreiengemeinschaften gerecht zu werden. Zum anderen geht es um mehr als Strukturen. Es ist ein Entdeckungsprozess der Christen vor Ort, ihrer Berufungen, ihrer Charismen und ihrer Sendung. Das ist weit mehr als das Aufrechterhalten der örtlichen Gemeinden. Die Entwicklung von Strukturen und Verantwortlichkeiten ist diesem Entdeckungsprozess nachgeordnet.

Das Besondere der jeweiligen Gemeinde erfassen

Orientierung geben dabei drei Fragestellungen:

1. Was ist unser Auftrag als Kirche für die Menschen in ihrem Lebensraum? Oder mit Mk 10,51 gefragt: Was soll ich dir tun? Nicht das, was wir schon immer tun, sondern die konkreten Bedürfnisse und Sehnsüchte der Menschen sind Ausgangspunkt wie Herausforderung, die Zeichen der Zeit. Aus der Frage, was ist unser Auftrag, ergeben sich die Kernaufgaben, die mit den vorhandenen Charismen und auf die Situation des jeweiligen Ortes abgestimmt werden.
2. Welche Potentiale, Charismen und Gaben haben wir am jeweiligen Ort? Entscheidend wird sein, ob es gelingt, den Blick zu weiten und über den Tellerrand der Gremien, Gruppen und Kreise hinaus zu denken. Wichtig wird sein, Doppelstrukturen zu vermeiden, eine Verzahnung zu den gewählten Gremien sicherzustellen und Kommunikationsbedarf wie -wege zu klären.
3. Was ist das Besondere der jeweiligen Gemeinde und des Ortes, welche Geschichte hat sie genau, was ist die Kultur, die vorherrscht? Ort kann dabei die einzelne Ortschaft, aber auch ein Kindergarten oder eine Seniorenwohnheim sein. Es gilt zu klären, was unverzichtbar für die jeweilige Gemeinde ist und was guten Gewissens in anderen Gemeinden und Orten geschehen kann und darf, weil dort auch Menschen leben, die Gott mit Charismen beschenkt hat. Mut zum Lassen und Verabschieden gehört dazu!

Drei "Rollen" besetzen

Mit den Verantwortlichen, den Ortskundigen wird eine für sie passende Form entwickelt, die die Nähe zu den Menschen und zum Evangelium ermöglicht.

Christen, die den Auftrag im Blick haben, nehmen mit offenen und wachen Augen wahr, sind interessiert an Menschen und deren Geschichten, gleichzeitig diskret und behutsam, sensible, empathische Menschen, die einfach "mitsorgen" mit dem sorgenden Gott.

Weiter braucht es Menschen, denen es leicht fällt Kontakte zu knüpfen, die selbst gut vernetzt sind und die auch über die jeweilige Gemeinde hinaus viele und vieles kennen. Sie sichern die Kommunikation nach innen und außen und sind in den gewählten Gremien vertreten und eingebunden. "Netzwerker" sind zu entdecken, die um die Potentiale, Gaben und Fähigkeiten, die es an den jeweiligen Ort gibt, wissen und die nicht nur den Ort, sondern den Lebensraum der Menschen im Blick haben. Auch sind kreative Menschen, "Planer" zu suchen, die sowohl um die Bedürfnisse wie Ressourcen wissen, Projektideen in ein Konzept bringen und dies umsetzen.

Beteiligung und Mitwirkung vieler ermöglichen

Diese drei Rollen ("sorgen", "netzwerken" und "planen") sind zu füllen, von einer oder mehreren Personen, am besten durch ein Team. Es geht nicht darum, dass diese Teams alles selbst tun. Sie ermöglichen die Beteiligung und Mitwirkung vieler am Aufbau einer lebendigen Kirche. Es geht um "ein neues Verständnis der tragenden Rolle eines jeden Getauften" (Evangelium 120). Dieses neue Verständnis verändert Rollen, Haltungen, Seelsorge- und Gemeindeverständnis aller pastoralen Berufsgruppen, aber auch der Gemeindemitglieder. Es ist eine veränderte Kultur des Kircheseins, aber ganz im Sinne einer konziliaren Volk-Gottes-Theologie. Das Projekt ergänzender Formen von Gemeindeleitung ist entstanden in enger Absprache mit Bistumsleitung und Dekanen. Es geht nicht darum, den Priester zu verdrängen, sondern ihn in seiner Gesamtverantwortung in Anbetracht differenzierterer Seelsorgestrukturen zu stärken und seinen Kernkompetenzen Raum zu geben. Mit Blick auf eine ländliche Diözese wie Würzburg ist dieses Projekt ein lohnenswerter Versuch durch eine lebensraumorientierte, vernetzte Pastoral nahe am Menschen zu bleiben. Oder um es mit Kurt Marti zu formulieren: "Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte, wo kämen wir hin und keiner ginge, um zu sehen, wohin wir kämen, wenn wir gingen?"

Monika Albert

Diözesanbeauftragte für den Dialogprozess im Bistum Würzburg

Im Dienst an der Gesellschaft

Neuorientierung katholischer Laienorganisationen in den Niederlanden

Die Niederlande gelten heute als eine der am stärksten säkularisierten Gesellschaften in Europa. Wie reagieren katholische Laienorganisationen hierauf?

Es fällt auf, dass die Niederlande vor mehr als 50 Jahren eines der religiösesten Länder weltweit waren. Zur Illustration: zwischen 1965 und 2010 fiel der Kirchenbesuch in der katholischen Kirche von 75 Prozent auf knapp 6 Prozent und die Anzahl von Priestern in der Seelsorge von 4200 auf 840. Das einzig Positive an diesen Zahlen ist, dass der Rückgang in allen Bereichen stattfand. Deshalb ist eigentlich auch kaum die Rede vom Priestermangel, höchstens von einem Mangel an Gläubigen und einem Überschuss an Kirchen.

Katholisch versorgt von der Wiege bis zur Bahre

In der Blütezeit des niederländischen Katholizismus war die Gesellschaft in Strukturen organisiert, die alle Aspekte des täglichen Lebens durchdrangen. Es gab katholische Sportvereine, katholische Tageszeitungen und Rundfunksender, natürlich katholische Schulen und Universitäten und auch Gewerkschaften sowie Standes-/Berufsverbände. Von der Wiege bis zur Bahre konnte sich das gesamte Leben innerhalb der katholischen Kirche abspielen. Dieselben Strukturen gab es auch für Protestanten, Liberale und Sozialisten. Die Gesellschaft war zwischen 1900 und 1965 in voneinander getrennten Säulen aufgespalten. Man sprach von der "versäulten Gesellschaft".

Ab 1965 setzte die "Entsäulung" der Gesellschaft ein. Als Gründe hierfür werden in der Regel zunehmender Pluralismus, Individualisierung, Säkularisierung und Entkirchlichung angeführt. Organisationen, die vormals ihre Daseinsberechtigung aus der katholischen Tradition und dem katholischen Bevölkerungsanteil zogen, richteten sich immer mehr nach allgemeinen Zielen und Zielgruppen aus. Viele katholische Organisationen, die in Bildung, Pflege, Wirtschaft und Politik aktiv waren, trugen zunehmend

schwer an ihrer katholischen Identität, die mehr und mehr als ein Anachronismus wahrgenommen wurde. Manche Organisationen gingen auf Distanz zu ihrer Katholizität, andere hielten daran fest wie an einem Fotoalbum der Großeltern, das man fein säuberlich auf dem Dachboden aufbewahrt.

Polarisierungen

Die gesellschaftlichen Entwicklungen ließen auch die katholische Kirche selbst nicht unbehelligt. Die starke Abnahme kirchlicher Partizipation sowie der massenhafte Austritt von Priestern sind nur zwei Faktoren. Die niederländische katholische Kirche war einerseits noch dabei, auf ganz eigene Weise die Errungenschaften des II. Vatikanischen Konzils zu verarbeiten und ihr Erscheinungsbild neu zu definieren. Andererseits erforderten die gesellschaftlichen Veränderungen gleichzeitig unmittelbare Antworten. Den einen gingen die kirchlichen Entwicklungen zu schnell, den anderen viel zu langsam. Die Glaubensgemeinschaft polarisierte sich zunehmend auf allen Ebenen: der Gläubigen und der Hierarchie. Dieser Prozess erhielt 1985 mit dem Besuch von Papst Johannes Paul II. einen zusätzlichen Impuls. Die Bilder sind vermutlich bekannt: Demonstrationen, Rauchbomben, das Papamobil in leeren Straßen. Im Kielwasser des Papstbesuches erreichte die Polarisierung ihren Höhepunkt mit der Gründung von Organisationen sowohl seitens der kritisch-progressiven Katholiken (8. Mai-Bewegung) als auch der traditionell-konservativen Gläubigen (CRK). Aber nicht alle Gläubigen warteten den innerkirchlichen Richtungsstreit ab. Vor allem nicht die Verbände. Sie sahen ihren Auftrag immer mehr im Engagement inmitten der Gesellschaft. Wenn sie ihren Auftrag jedoch auch als katholisch ansahen, sodann doch nicht notwendigerweise als kirchlich.

Weg der katholischen Organisationen

In diesem Kontext wurde vor 26 Jahren der Verband katholischer gesellschaftlicher Organisationen, der VKMO – Katholiek Netwerk, gegründet. Das vordringlichste Ziel angesichts der zunehmenden Polarisierung war, das Gespräch zwischen den Organisationen sowie mit der kirchlichen Hierarchie im Gang zu halten. Die Polarisierung ist heute nicht mehr das Hauptproblem, vielmehr ist der Austausch über Identität und die daraus folgende Verantwortung wo-

möglich wichtiger denn je. Derzeit gehören dem VKMO 38 Organisationen aus verschiedenen Bereichen an. Es sind viele Bildungseinrichtungen vertreten, aber auch Gewerkschaften, karitative Vereinigungen und selbst Sportverbände. Ihnen allen ist gemein, dass sie sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Sie alle sind ohne Ausnahme Organisationen von, für und durch Laien. Sie arbeiten alle aus einem starken Selbstverständnis der Eigenverantwortlichkeit und verstehen sich durchaus als Katholiken, in der katholischen Tradition stehend, nicht gebunden an, jedoch verbunden mit der institutionellen Kirche. Der VKMO sieht hierin keinen Gegensatz. Die Kirche ist immer die Hüterin der Tradition, ohne Kirche ist keine Tradition denkbar. Dies wird durch die jeweiligen Organisationen auch nicht verkannt. Aber sie suchen nach einem "Freiraum", in dem von der katholischen Tradition kommend die Eigenverantwortung Gestalt annehmen kann.

Dienst an der Gesellschaft

Das Ziel des VKMO ist es, einen Dienst an der Gesellschaft zu leisten: der Solidarität, Subsidiarität, Menschenwürde und dem Allgemeinwohl mehr Raum zu geben. Dabei stützen sie sich auf die vier Säulen des katholischen Sozialdenkens [A.d.Ü.: der Autor spricht bewusst nicht von Katholischer Soziallehre]. Diese vier Säulen bilden das theoretische Fundament und das Instrumentarium, mit dem VKMO seinen Mitgliedern hilft, ihrer katholischen Identität konkrete Gestalt zu geben. Immer mehr machen sich die Organisationen das katholische Sozialdenken zu Eigen und immer öfter setzen sie dieses auch in konkrete politische Vorhaben um.

Ein bedeutender Aspekt dabei ist die Möglichkeit, die der VKMO zum Austausch, zur gegenseitigen Inspiration bietet. An sogenannten Runden Tischen werden relevante Themen ohne Tagesordnung und Protokoll diskutiert. Am Ende des Treffens entscheiden die Teilnehmer, ob und wie der Austausch eine konkrete Fortsetzung findet. Die beiden letzten Runden Tische drehten sich so um Frage der Armut und wie katholische Organisationen damit umgehen. So wird versucht, den Schritt vom katholischen sozialen Denken zum katholischen sozialen Handeln zu gehen. Das heißt: the proof of the pudding is in the eating.

Eine Aufgabe der Übersetzung

Ein entscheidender Punkt ist, dass sich katholische Organisationen nicht in falscher Bescheidenheit üben, sondern sich über ihre Erfolge, über Best-Practice-Beispiele austauschen sollten. So entstehen Synergien, nicht jeder muss das Rad neu erfinden. Wenn wir wirklich meinen, dass wir mittels des katholischen sozialen Denkens und Handelns einen Unterschied in der Gesellschaft machen können, dann müssen wir dies die Menschen auch wissen lassen. Aber so, wie ein Säugling nicht mit einem Beefsteak gefüttert wird, kann unsere säkularisierte Gesellschaft unmittelbar den Wert einer katholischen Sozialethik nicht erkennen. Die Gesellschaft lehnt Institutionen und Machtstrukturen ab, Authentizität und Originalität stehen hingegen hoch im Kurs. Das katholische soziale Denken muss daher übersetzt werden: wir schöpfen aus der reichen katholischen Tradition, aber präsentieren sie auf authentische und originelle Weise: dies ist die Kunst des Verführens.

Beispiel: die Initiative "Logia"

Daher beginnen wir derzeit eine neue Initiative. Unter dem Namen "Logia" werden Kreise von 20 bis 30 katholischen Personen aus verschiedenen Berufssparten und Gesellschaftsbereichen (also keine professionellen Katholiken) gebildet: Ärzte, Juristen, Lehrer, Unternehmer, Mütter: Menschen, die aufgrund ihrer Erfahrung und Qualifikation gehaltvoll über ihr Fachgebiet sprechen können. Wir helfen ihnen zu lernen, authentisch über ihre Arbeit zu sprechen. Wir helfen ihnen, für Probleme in ihren Bereichen Lösungen auf Basis des katholischen sozialen Denkens zu entwickeln. Wir bilden sie aus im Umgang mit den Medien. So hoffen wir, auf substantielle Weise an der öffentlichen Debatte teilzuhaben, authentisch und mit originellen Lösungen. Früher oder später wird dann die Frage gestellt werden, so hoffe ich zumindest, was die Grundlage dieser Authentizität und Originalität ist. Was ist ihre Quelle? Wenn dann die Antwort lautet: das katholische soziale Denken und die katholische Tradition, dann ist dies ein glaubwürdiges Zeugnis der Kirche.

Pieter Kohnen

Theologe; seit 2012 Direktor des VKMO
(Übersetzung: Sigrid Schraml / Heinz Terhorst)
www.katholieknetwerk.nl

Klima schützen - CO2 ausgleichen

Klimaveränderungen, Klimawandel, Schutz des Weltklimas - an vielen Stellen begegnet uns diese Thematik. Überschwemmungen, zunehmende Dürreperioden und andere Naturkatastrophen sind an der Tagesordnung. Die Forschung arbeitet intensiv an den Ursachen. Wo auch immer auf unserer Welt sind Menschen durch die Veränderungen unseres Klimas existentiell betroffen.

Als Christinnen und Christen haben wir die Mitsorge um Gottes Schöpfung. Bei den vielen Angeboten und Einladungen fällt die Klima-Kollekte allein schon wegen des Namens ins Auge. Sammeln für das Klima – wie geht das denn? Ausgehend von dem Grundsatz "Vermeiden-Reduzieren-Kompensieren" wendet sich die Klima-Kollekte als CO2 Kompensationsfonds christlicher Kirchen an Organisationen, Gemeinden und Einzelpersonen nicht nur aus dem kirchlichen Bereich, um sie für den Ausgleich ihrer unvermeidbaren CO2-Emissionen zu gewinnen. Eine bestimmte Menge CO2, die an einem Ort ausgestoßen wird, kann durch Einsparungen in Form von Klimaschutzprojekten an einem anderen Ort ausgeglichen werden. Dieses Prinzip funktioniert, weil das Klima durch die Konzentration von Treibhausgasen beeinflusst wird nicht aber davon, an welchem Ort die Gase entstehen.

Das Besondere an der gemeinnützigen GmbH Klima-Kollekte liegt nun darin, Emissionen, die nicht vermieden werden können, durch armutsorientierte Klimaschutzprojekte insbesondere in den Ländern des Südens auszugleichen. Diese Projekte werden mit den Partnerorganisationen der Gesellschaftlicher Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Brot für die

Welt-Evangelische Entwicklungsdienst, Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und Zentrum für Mission und Ökumene-nordkirche durchgeführt.

Unter der Seite www.klima-kollekte.de finden Interessierte einen CO2 Rechner. Mit dessen Hilfe kann jeder und jede berechnen lassen, wieviel klimawirksame Emissionen zum Beispiel für einen Flug von Frankfurt nach Rom entstehen, und anschließend kompensieren. Der ausgerechnete Betrag kann dann an die Klima-Kollekte überwiesen werden.

Der Preis für die Kompensation einer Tonne CO2 ergibt sich vor allem aus den Kosten, die durch Einsparung der Emissionen im jeweiligen Projekt entstehen. Natürlich beeinflusst auch der Zertifikatshandel den Preis. Bei jeder Kompensationszahlung müsste demzufolge ein anderer Preis berechnet werden. Das wäre sehr kompliziert und für alle sehr aufwändig. Deshalb berechnet die Klima-Kollekte – wie auch andere Anbieter - einen Durchschnittspreis.

Die Klima-Kollekte erhält von Nutzerinnen und Nutzern 23 €/t CO2 Emissionen, die kompensiert werden sollen. Nach der Zahlung werden die entsprechenden Mengen an Emissionszertifikaten, die aus den Projekten stammen, stillgelegt. Ein Zertifikat entspricht einer Tonne CO2.

Die Klima-Kollekte fördert mit den Einnahmen aus den Kompensationszahlungen Projekte der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie gemäß dem sog. Gold Standard. Aktuell geförderte Projekte sind zum Beispiel Biogasanlagen und Solarlampen in Indien oder energiesparende Befeuerungsmethoden in Südafrika.

Reduzieren und Vermeiden von CO2 sind primäre Schritte. Mit dem freiwilligen Ausgleich von CO2 Emissionen kann jeder und jede einen Beitrag zur Klimagerechtigkeit leisten, dazu lädt die Klima-Kollekte Sie ein.

| **Norbert Dreßen** |

MISEREOR Vertreter Klima-Kollekte

*Weitere Informationen : www.klima-kollekte.de
Geschäftsstelle der Klima-Kollekte, Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin, Tel 030-65211-4001*